

Medienmitteilung

Bern, 4. November 2025

Absender	Medienstelle der BFU
Telefon	+41 31 390 21 21
E-Mail	medien@bfu.ch
Informationen	bfu.ch/medien

Zu viele Getötete im Strassenverkehr

Die Schweiz fällt im europäischen Vergleich zurück

In den letzten fünf Jahren ist die Zahl der Verkehrstoten auf Schweizer Strassen um 34 % gestiegen. In keinem anderen europäischen Land verlief die Entwicklung in diesem Zeitraum so negativ. Bisher ist es nicht gelungen, diesen Trend umzukehren und den Anstieg der tödlichen Unfälle zu stoppen. Die BFU unterstreicht deshalb die Notwendigkeit einer konsequenten Politik zugunsten der Verkehrssicherheit sowie eines gemeinsamen Engagements aller Akteure im Strassenverkehr.

In den meisten europäischen Ländern sinkt die Zahl der Verkehrstoten. Nicht so in der Schweiz: Laut dem Bericht «Ranking EU Progress on Road Safety» des European Transport Safety Council (ETSC) ist die Zahl der Verkehrstoten in der Schweiz innerhalb von fünf Jahren um 34 % gestiegen. Das ist der schlechteste Wert ganz Europas. Der europäische Durchschnitt hingegen ist um 12 % gesunken. Auch über einen Zeitraum von zehn Jahren bleibt der Trend ernüchternd: plus 2,9 % in der Schweiz gegenüber minus 17 % im europäischen Durchschnitt. Trotz der ungünstigen Entwicklung in den letzten Jahren gehören die Schweizer Strassen aktuell noch zu den sichersten. Die Schweiz, die noch vor wenigen Jahren für ihre Fortschritte in der Verkehrssicherheit gelobt wurde, rutscht aber in den Ranglisten deutlich ab.

«Die Verkehrssicherheit ist kein Selbstläufer. Um den aktuellen und künftigen Herausforderungen zu begegnen, sind dezidierte Massnahmen erforderlich», sagt Mario Cavegn, Bereichsleiter Strassenverkehr der BFU. Damit die Zahl der tödlichen Unfälle wieder sinkt, braucht es den politischen Willen, die Unfallprävention entschlossen voranzutreiben.

Unzureichendes politisches Engagement

Für Cavegn ist klar: «Es gibt wirkungsvolle Massnahmen, die aber nur realisiert werden können, wenn der politische Wille vorhanden ist.» Ohne die politische Unterstützung dürfte das vom Bundesamt für Strassen ASTRA festgelegte Ziel, die Zahl der Verkehrstoten bis 2030 auf 100 zu senken, kaum erreichbar sein. Im Jahr 2024 kamen 250 Menschen auf Schweizer Strassen ums Leben. Die Verkehrssicherheit leidet unter den Entscheidungen des Parlaments. Einhergehend mit der Senkung des Mindestalters für das Töfffahren hat sich beispielsweise die Zahl der schweren Unfälle von unter 18-jährigen Motorradfahrenden mehr als verdoppelt. Oder während andere Länder Tempo 30 fördern, werden in der Schweiz erhöhte Anforderungen eingeführt. Ein weiteres Beispiel ist der Entscheid gegen ein Velohelm-Obligatorium für Kinder.

Ein politisch verankertes Verkehrssicherheitsziel ist nötig

Ein politisch getragenes und verankertes Ziel ist gemäss ETSC entscheidend, um die Verkehrssicherheit in einem Land voranzutreiben. Ein entsprechender nationaler Aktionsplan soll den Weg weisen, wie die Schweiz die Zahl der schweren Verkehrsunfälle nachhaltig senken kann – basierend auf internationalen Best Practices und mit folgenden Schwerpunkten:

- Den «Safe System»-Ansatz verfolgen: sichere Strasseninfrastruktur, sichere Fahrzeuge, sichere Geschwindigkeit und sicheres Verhalten der Verkehrsteilnehmenden. Er basiert auf dem Prinzip einer geteilten Verantwortung und stellt ein umfassendes Risikomanagement in den Vordergrund.
- Die Kontroll- und Sanktionsstrategien insbesondere in den Bereichen Geschwindigkeit, Alkohol und Drogen wirksam verstärken.
- Die Koordination in der Prävention sorgt dafür, dass alle Akteure abgestimmt vorgehen, Lücken in der Unfallverhütung schliessen und Doppelspurigkeiten vermieden werden. So entstehen einheitliche Sicherheitsstandards und ein gemeinsames Verständnis für wirkungsvolle Massnahmen.
- Die Verkehrssicherheitspolitik regelmässig anhand klarer Indikatoren und messbarer Ziele überprüfen und weiterentwickeln.

Als nationales Kompetenzzentrum für Unfallprävention kann die BFU einen entscheidenden Beitrag leisten, indem sie faktenbasierte Grundlagen zur Verfügung stellt und konkrete, erfolgversprechende Massnahmen entwickelt.